

## **Das Milchbauern-Manifest zu Landau in der Pfalz**

zur Agrarministerkonferenz vom 10. bis 12. April 2019

Bei der Frühjahr-Agrarministerkonferenz 2019 steht das Milchmarktthema nicht auf der Tagesordnung. Ein Sachstand, den es längere Zeit nicht mehr gab und beim unbedarften Betrachter den Eindruck erwecken könnte, im Milchbereich sei alles in einem guten Fluss. Davon sind wir weit entfernt. Mit einem aktuellen Milcherzeugerpreisniveau in Höhe von rund 34 Cent/kg im Bundesdurchschnitt lassen sich keine Liquiditätsreserven geschweige denn Rücklagen für zukünftige Investitionen und auch keine entsprechende Altersversorgung bilden. In vielen Fällen ist nicht einmal die planmäßige Rückführung der während der letzten Milchmarktkrise aufgenommenen Liquiditätsdarlehen möglich, vielfach werden Umschuldungen hin zu Darlehen mit wesentlich längeren Tilgungsfristen vorgenommen. Mit Substanzverbrauch, Verschuldung und Quersubventionierung über andere Landwirtschaftsbereiche oder Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft reagieren die Milchviehhalter auf die praktisch dauerhafte Kostenunterdeckung in der Milchviehhaltung. Das schwächt die Milchviehbetriebe nachhaltig statt sie zukunftsfähig aufzustellen und leistungsfähig zu machen für die zahlreichen und zunehmenden Herausforderungen und Aufgaben, die in den Bereichen Klimaschutz, Umweltschutz und Tierwohl ganz konkret auf sie zukommen. Handlungsbedarf ist also dringend gegeben.

Auch die in der Sektoruntersuchung Milch vom Bundeskartellamt festgestellten Missstände im Milchmarkt zu Ungunsten der Milchviehhalter sind seit Jahren bekannt – ohne dass diese Problemstellung bisher wirksam in Angriff genommen worden wäre.

### **Zitate aus dem Zwischenbericht zur Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamts:**

***„Im Verhältnis zwischen Molkereien und Erzeugern hat die Beschlussabteilung trotz der „vertikalen“ Integration vieler Erzeuger in genossenschaftliche Molkereien ein Machtgefälle zu Lasten der Erzeuger festgestellt. Auch größere Genossenschaften werden nach Auffassung der Prüfer von den Erzeugern nicht mehr als „eigene“ Molkerei wahrgenommen und verhalten sich de facto am Markt auch nicht mehr so.“***

***„Grundsätzlich haben weder private noch genossenschaftlich organisierte Molkereien einen Anreiz, im Interesse der Milcherzeuger einen möglichst hohen Milchauszahlungspreis zu zahlen. (..) Die Gewinnmaximierungsstrategie eines jeden weiterverarbeitenden Unternehmens ist darauf gerichtet, die Beschaffungskosten möglichst gering zu halten.“***

***„Die Art und Weise der Preisbildung bei genossenschaftlichen Molkereien („upside down“) führt dazu, dass die Molkereien kein originäres Eigeninteresse an der Erzielung hoher***

***Preise für ihre Molkereiprodukte haben, weil sie als Molkerei nur ein begrenztes wirtschaftliches Risiko tragen.“***

Das Bundeskartellamt zog daraus die Schlussfolgerung, dass insgesamt die Preisfindung für die Milcherzeuger derzeit nicht in einem funktionsfähigen Wettbewerbs- und Marktumfeld erfolgt.

Die Möglichkeit, das Marktrisiko und unter Wettbewerbsdruck nötige Preiszugeständnisse einseitig auf die Milchviehhalter zu verlagern, stellt für die Milch verarbeitende Industrie und den Handel eine nahezu ideale wirtschaftliche Situation dar.

Wie man angesichts dieser Missstände am Milchmarkt zu der Auffassung kommen kann, dass bei der Erarbeitung einer Sektorstrategie 2030 alleine die Verbände der Molkereiwirtschaft und Milchviehhalter gefordert seien, erschließt sich dem BDM e. V. nicht.

Der Markt funktioniert für die Milchviehhalter nicht. Es ist nicht vorstellbar, dass die Profiteure dieser Situation, deren Gewinn vor allem im günstigen Rohstoffeinkauf liegt, motiviert sind, daran etwas zu ändern.

Diesen Knoten gilt es zu zerschlagen. Veränderungen sind nötig! Es gilt die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen und strukturelle Probleme des Milchmarkts in Angriff zu nehmen. Dafür muss die Politik aktiv werden.

Ganz kurzfristig gilt es insbesondere mit Blick auf den Brexit aus den Fehlern der zurückliegenden Marktkrisen 2009, 2012 und 2015/2016 die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Sollte es wirklich zu einem ungeregelten Austritt Großbritanniens aus der EU kommen, sind auch für den Milchbereich deutliche Marktverwerfungen zu erwarten. Das sehen die Milchviehhalter mit Sorge. Sollte es in diesem Zusammenhang zu einer deutlichen Beeinträchtigung der Warenströme kommen, ist man in der EU wieder nicht in der Lage, schnell auf eine eventuell zurückgehende Milchnachfrage reagieren zu können.

Eine erneute, massenhafte Einlagerung von Milchpulver wie in der letzten Milchmarktkrise wäre unverantwortlich, fatal und vor allem keine Lösung im Sinne der Milchviehhalter. Die letzten Interventionsbestände aus der Milchkrise 2015/16 wurden gerade erst abgebaut. Die Praxis der Auslagerung hat Millionenverluste für die öffentlichen Haushalte und Milliardenverluste für die Milchviehhalter verursacht und gibt aus Sicht der Milchviehhalter keinen Anlass zum Lob Richtung EU-Kommission.

Der Milchmarkt zeigt sich auf nationaler, europäischer und zum Teil auch auf globaler Ebene sehr fragil. Die Milchverarbeiter/Molkereien haben ihren Abnehmern im Fettbereich gerade wieder Preiszugeständnisse gemacht. Den für Ende April anstehenden Kontraktabschlüssen in der Weißen Linie sehen wir entsprechend mit Anspannung entgegen.

Fakt ist, dass für den Milchmarktsektor keinerlei Handhabe besteht, bei aufkommenden Milchmarktkrisen diesen schnell und effizient entgegenzuwirken. Durch das sehr

zurückhaltende Engagement der Deutschen Ratsvertretung in Brüssel konnte das bestehende, veraltete Sicherheitsnetz für den EU-Milchmarkt nicht entscheidend weiterentwickelt werden. Auf nationaler Ebene ist gleiches festzustellen. Die seit langem notwendige verbindliche Vorgabe des Abschlusses von Milchliefervereinbarungen mit konkreten Vereinbarungen über Mengen, Preise und Dauer der Milchlieferung wird ein ums andere Mal hinausgeschoben.

## **Zukunft Milchmarkt bauen - Milchviehhalter und Politik Hand in Hand**

Die Milchviehhalter des BDM werden in Landau zur Agrarministerkonferenz unter dem Motto „Zukunft Milchmarkt bauen – Milchviehhalter und Politik Hand in Hand“ ein großes und stabiles Haus (Grundfläche 5x5 m, Höhe 6,45 m) errichten, das die Sektorstrategie 2030 des BDM sinnbildlich darstellt. Damit verdeutlichen sie, dass die Milchviehhalter bereit sind, ihren Teil zu leisten, wenn es darum geht, ihre Zukunft aktiv zu gestalten und an der Zukunft für den Milchmarkt mitzubauen. Die Politik wird aufgefordert, dieses „Bauprojekt“ nach Kräften und mit entsprechender Kompetenz zu unterstützen.

Der BDM e. V. hat sich bei der Erarbeitung seiner Sektorstrategie 2030 an den Erkenntnissen der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamtes orientiert und entsprechende Schlüsse und Erfordernisse daraus abgeleitet. Die mögen auf den ersten Blick in einigen Bereichen möglicherweise etwas visionär anmuten, machen aber deutlich, dass es gravierende und grundlegende Veränderungen im Milchmarktbereich zum Wohl einer bäuerlich geprägten Milchviehhaltung braucht.

Neben der konzentrierten Betrachtung des Milchmarkts hat der BDM e. V. aber auch weitere Themenfelder beleuchtet:

### **Weitere wichtige Punkte für einen zukunftsfähigen Milchmarkt**

Neben den in der BDM-Sektorstrategie vorrangig benannten Themenfeldern „Tierwohl und Nachhaltigkeit“ kann es nach Ansicht des BDM durchaus sinnvoll sein, bei weiteren Themenfeldern auch gemeinsame Lösungsansätze mit allen Akteuren des Sektors Milch zu erarbeiten. Eine gemeinsame Plattform, in der sich eine Branchenorganisation Milch mit ihrer Expertise und als Sprachrohr der Milchviehhalter einbringen kann, könnte als „atmendes Konstrukt“ – je nach Themengebiet – um Experten aus Wissenschaft und qualifizierte Vertreter der Gesellschaft erweitert werden, um zu akzeptierten und tragfähigen konsensualen Lösungen zu kommen.

#### **Marktrisiken absichern**

Die einzelbetriebliche Absicherung von Marktrisiken muss betriebsindividuell ausgestaltet und entschieden werden. Angesichts der Vielfalt der Betriebsformen und -konstellationen

und auch der unterschiedlichen Optionen der Absicherungsinstrumente (Rücklagenbildung, Absicherung als Einzelunternehmer über die Warenterminbörse, Absicherung in Kooperation mit Molkereiunternehmen etc.) ist fraglich, inwieweit diese Angebote Teil einer Sektorstrategie sein müssen. Die bekannten Absicherungsinstrumente haben im Fall von Markt extremen (Täler und Spitzen) in erster Linie eine kurzfristig glättende, dämpfende und zeitlich verlagernde Wirkung, eine Reduzierung der bei einer globalen Krise auftretenden Wertschöpfungsverluste erfolgt somit bei mittel- und langfristiger Betrachtung nicht. Ebenso wenig wird dadurch das Marktrisiko gerechter entlang der gesamten Wertschöpfungskette verteilt. Wer auf die frühzeitige Weitergabe der Preissignale und schnelle Marktreaktion der Milchviehhalter setzt, muss die glättende Wirkung von Absicherungsinstrumenten zumindest kritisch beobachten.

Im Zuge des Berliner Milchforums Mitte März 2019 wurden Referate mit dem Titel „Vorteile und Herausforderungen bei der Einführung von Preissicherungsmodellen für landwirtschaftliche Erzeuger“ vorgetragen. Langjährig angelegten Studien zufolge kam es durch die Nutzung von Preissicherungsmodellen zu keiner höheren Wertschöpfung für die Nutzer, es entstand sogar ein Defizit in Höhe der Bearbeitungsgebühren und Provisionen im Vergleich zu denjenigen, die keine dieser Möglichkeiten nutzten.

### **Absatzförderung**

Neue Absatzmärkte sind zu erschließen, bereits bestehende Marktbeziehungen sind zu sichern und auszubauen. Die hohen Qualitäts- und Umweltstandards der europäischen Milchprodukte sollten nach Ansicht des BDM entsprechend vermarktet werden. Eine wachsende Mittelschicht im globalen Markt ist als qualitätsorientierte, kaufkräftige Zielgruppe für hochveredelte und hochpreisige europäische Produkte noch besser zu erschließen und zu etablieren. Hilfreich und notwendig dafür ist die Unterstützung des BMEL als Türöffner für diese Märkte. Auf EU-Ebene stehen dafür finanzielle Mittel bereit, die zielgerichtet eingesetzt werden können. Notwendig ist weiterhin das Bestreben, Handelsbarrieren in Form von überzogener Bürokratie abzubauen. Freihandelsabkommen, die mit gegenseitigen Zugeständnissen verbunden sind, sind unter dem Aspekt der Augenhöhe und dem Schutz der Ernährungssouveränität zu verhandeln. Eine „Rosinenpickerei“ wird nicht funktionieren. Die Landwirtschaft bzw. die Milchwirtschaft darf als sensibles Thema im Zuge von Handelsabkommen nicht zur Verhandlungsmasse und zum Faustpfand für die Besserstellung bei Industriegütern und Dienstleistungen werden.

### **Kommunikation**

Für den Sektor Milch ist Glaubwürdigkeit und Transparenz wichtig, um das grundsätzlich positive Image der Milchwirtschaft zu erhalten und zu fördern. Sachliche Aufklärung und Transparenz sind nötig, um auch im gesellschaftlichen Dialog bestehen zu können. Eine Überbetonung einer vermeintlich heilen Welt führt hingegen eher zum

Glaubwürdigkeitsverlust. Eine neue „CMA-Werbung“ für Milch als generisches Produkt passt nach Ansicht des BDM nicht mehr in die Zeit. Wichtiger als die Produkt-Kommunikation ist die Kommunikation zu den Produktionsprozessen, da diese im Mittelpunkt der kritischen Betrachtung stehen. Insbesondere die Landwirte sind daher in ihrer Kommunikation mit den Verbrauchern zu unterstützen. Projekte, die die Milchwirtschaft erlebbar machen, sind aus Sicht des BDM besonders zu fördern, um das Verständnis für die Herausforderungen und Zusammenhänge der Milchviehhaltung und damit auch die Wertigkeit von Milch und Milchprodukten zu erhöhen.

### **Forschung & Entwicklung**

Klimaschutz ist das beherrschende Thema der kommenden Jahre. Dies muss sich auch im Bereich von Forschung & Entwicklung wiederfinden. Der inhaltliche Schwerpunkt muss daher die Minimierung des Einsatzes von endlichen Ressourcen bei der Produktion von Lebensmitteln sein. Das gilt für den Bereich der Landwirtschaft ebenso wie für den Verarbeitungs- und Vertriebssektor. Wichtig ist dabei ein strikter Praxisbezug. Praktiker sind schon bei den Fragestellungen als Experten mit einzubeziehen, um Ergebnisse zu erhalten, die schnellstmöglich Einzug in die Praxis halten. Aus dem gleichen Grund sollten Innovationen nicht nur grundlegend Neues entwickeln, sondern auch die innovative Weiterentwicklung bereits bestehender Systeme ins Auge fassen. Wichtige Forschungsergebnisse müssen schnellstmöglich allen zugänglich gemacht werden.

### **Digitalisierung**

Die Digitalisierung bietet klare Chancen für alle Akteure der Wertschöpfungskette, wenn sie von allen mitgestaltet und innovativ eingesetzt wird. Insbesondere im Bereich des Umweltschutzes und bei der arbeitserleichternden Erfüllung notwendiger Bürokratie-Vorgaben bietet sie großes Potenzial für die Landwirte. Die Risiken der Digitalisierung der Landwirtschaft bestehen darin, dass wenige multinationale Unternehmen die Patente auf Schlüsseltechnologien halten und damit verbunden auch die Daten der Landwirte bündeln. Damit verbunden wäre eine enorme Machtkonzentration über die globale Nahrungsmittelversorgung. Diese Risiken müssen bereits im Vorfeld konsequent angegangen werden. Alle Akteure des Sektors Milch sind gefordert, dafür Sorge zu tragen, dass auch im Bereich der Digitalisierung der offene Wettbewerb gefördert und nicht durch Machtkonzentration ausgebremst wird. Die öffentliche Förderung von Forschungsprojekten zu digitalen Technologien muss nach dem Prinzip „Öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ mit der Auflage verbunden werden, dass die Ergebnisse „open-source“- lizenziert werden, um eine spätere Patentierung zu verhindern.

### **Erarbeitung akzeptierter Standards**

Eine der großen Herausforderungen im Bereich des Sektors Milch ist die Erarbeitung akzeptierter Standards über die gesamte Wertschöpfungskette bis hin zum Verbraucher.

Problematisch ist die permanente Verschärfung der Standards und die eigenständige Definition bestimmter Kriterien durch die Handelsketten vor allem deshalb, weil diesen kein angemessener Gegenwert für die Milcherzeuger gegenübersteht. So wird suggeriert, dass jede beliebige Qualität zum Nulltarif zu haben ist. Kaufen die Verbraucher bewusster und achten auf die Einhaltung bestimmter Kriterien, muss die Milch entsprechend höherpreisig gekennzeichnet und vermarktet werden. Klarheit und Wahrheit bei der Produktkennzeichnung ist Grundvoraussetzung und damit als Themenfeld mit der Erarbeitung akzeptierter Standards untrennbar verbunden.

QM Milch dient in erster Linie der Absicherung der Molkereiwirtschaft, ist den Verbrauchern jedoch völlig unbekannt und hat damit keinerlei Vermarktungswert. Vor diesem Hintergrund ist QM Milch kritisch auf den Prüfstand zu stellen.

### **Bildung**

Die Ausbildung und Fortbildung der Landwirtinnen und Landwirte muss an die Herausforderungen der Zukunft angepasst werden. Themen müssen neben dem Produktionsbereich sehr viel stärker als bisher auch volkswirtschaftliche Zusammenhänge, Fragen der Vermarktung, die Führung von Mitarbeitern sowie die Schulung zu neuen Technologien und Auseinandersetzung mit neuen Forschungsergebnissen sein.

### **Soziale Aspekte**

Die enorme Arbeitsbelastung in der Milchviehhaltung führt dazu, dass sich die Milchviehhalterinnen und Milchviehhalter immer deutlicher aus dem sozialen Gefüge in den Dörfern zurückziehen. Neben der zunehmenden Arbeitsbelastung führen auch die finanziellen und damit existenziellen Sorgen speziell der Milchviehhalter dazu, dass der Anteil derer, die nicht nur wegen physischer, sondern auch wegen psychischer Erkrankungen medizinisch behandelt werden müssen, überproportional steigt – im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, aber auch innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors. Gut ausgebildete potenzielle Hofnachfolger wechseln vor diesem Hintergrund häufig in andere, besser bezahlte und weniger arbeitsintensive Branchen. Sorgentelefone und soziale Projekte reichen nicht aus, um diese prekäre Situation, die zu einem weiter beschleunigten Strukturwandel führen wird, aufzulösen. Schlüsselfunktion hat auch hier ein angemessenes Einkommen der Landwirte, das über den Markt erwirtschaftet werden können muss.

## **Novellierung Düngeverordnung 2020**

Bei den Debatten um die Novellierung der 2017 in Kraft getretenen Düngeverordnung hat der BDM vor der Situation gewarnt, die sich jetzt eingestellt hat. Ohne bei den wirklichen Problemregionen anzusetzen, wollte man mit pauschal für das gesamte Bundesgebiet gültigen Regelungen versuchen, mit möglichst geringen Veränderungen für vor allem die

industrielle Tiermast auszukommen. Dieselben Verbandsvertreter, die eine problemlösende Herangehensweise mit strengeren Regeln für Problemgebiete verhindert haben, werfen jetzt der Politik vor, 10 Jahre sozusagen „verschlafen“ zu haben. Aus Sicht des BDM sind die angedachten Verschärfungen für „rote“ Gebiete längst überfällig. Allerdings ist auch hier eine tiefere Betrachtung innerhalb dieser Gebiete notwendig. Die Einstufung als rotes Gebiet erfolgt schon, wenn in 20 % des Gebietes die Wasserkörper entsprechend belastet sind. Genau bei dieser 20%igen Gebietskulisse muss angesetzt und nicht das gesamte Gebiet mit Verschärfungen belegt werden.

## **Weiterentwicklung GAP 2020 - Gemeinsame Agrarpolitik**

Der BDM e. V. verweist erneut auf seine schon zur letzten AMK in Bad Sassendorf eingebrachte GAP-Stellungnahme:

Die Debatte über die zukünftige Gestaltung der GAP 2020 läuft auf Hochtouren. Der BDM sieht die Notwendigkeit, sich zunächst mit der Grundausrichtung der GAP zu befassen. Alleine mit einer Umverteilung der Agrargelder wird es nicht möglich sein, die immer höheren Anforderungen der Gesellschaft in Bezug auf Tierwohl, Umwelt, Natur- und Klimaschutz zu erfüllen und die Betriebe gleichzeitig wirtschaftlich nachhaltig weiterentwickeln zu können. Gleiches gilt für die Diskussion über die Nutzung der Möglichkeiten, die die EU den Mitgliedsländern bei der Gestaltung der Agrargelder schon mit der Verabschiedung der GAP 2013 eingeräumt hat. In Deutschland wird in diesem Zusammenhang die weitergehende Umschichtung von der 1. in die 2. Säule oder eine weitere Anhebung der Fördersätze der ersten Hektare kontrovers diskutiert. In der Debatte und Entscheidungsfindung auf politischer Ebene sollte eines immer berücksichtigt werden: In der durch die Marktkrisen hervorgerufenen sehr kritischen wirtschaftlichen Situation vieler Betriebe – insbesondere derjenigen, die keine Nebeneinkommen generieren können - ist jede Veränderung, die zu einer Absenkung der betrieblichen Direktzahlungen führt, kritisch zu sehen.

Bisher haben sämtliche Gelder, die über die 2. Säule ausgereicht werden, maximal eine Ausgleichsfunktion für zusätzlich zu erfüllende Kriterien. Dieses Grundprinzip besitzt auch für den Erhalt zusätzlicher Umschichtungsmittel weiter Gültigkeit. Die erhöhte Förderung der ersten Hektare hingegen stellt keinen Ausgleich für eine Mehrleistung dar. Aufgrund der nach wie vor sehr angespannten wirtschaftlichen Situation, die durch wiederholte Marktkrisen entstanden ist, sollte daher aktuell auch davon abgesehen werden.

## **Was ist nach 2020 anzustreben?**

Obwohl auf breiter Ebene erkannt wird, dass die bisherige Ausgestaltung der GAP dringend einer grundlegenden Reformierung bedarf, da sie in der jetzigen Architektur ihre selbstgesteckten Ziele weder verteilungspolitisch noch unter umweltpolitischen Aspekten adäquat erreichen wird, bleibt eine mutige Diskussion bisher weitgehend aus. Was als Erfolgsgeschichte mit einer ausreichenden Nahrungsmittel-Versorgung der EU-Bevölkerung

und einer zunehmenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft begann, muss angesichts des gewaltigen Preises, den die Landwirtschaft und die Gesellschaft dafür zu bezahlen hat, neu bewertet werden. Steuermittel in einer Größenordnung von jährlich über 60 Milliarden Euro müssen aufgebracht werden, um die Landwirtschaft finanziell nicht kollabieren zu lassen. Hauptprofiteure der GAP sind die Konzerne der Ernährungsindustrie, dazu zählt im Milchbereich auch der Molkereisektor. In ihrer aktuellen Ausgestaltung ist diese GAP nicht mehr zukunftsfähig. Auch mit einem weiteren Drehen an kleinen Stellschrauben und einem Lavieren bei der Gestaltung der Agrarzahungen wird sich daran nichts ändern.

Eine Schlüsselfunktion für die Erreichung der zunehmend auch umweltpolitischen Ziele der GAP nimmt das Einkommen der Landwirte ein. Solange Direktzahlungen weniger Ausgleichs- als vielmehr eine elementare Einkommenskomponente darstellen, sind die Möglichkeiten echter Politikgestaltung relativ begrenzt.

Unerlässlich ist es daher, dass mit der GAP auch die Gemeinsame Marktordnung in Angriff genommen wird. Die GMO muss so ausgestaltet werden, dass sich die Betriebe wirtschaftlich nachhaltig aus den Verkaufserlösen ihrer Produkte weiterentwickeln können – nur so hat man die nötige (auch finanzielle) „Beinfreiheit“ für eine sinnvolle Ausgestaltung der GAP-Ziele.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die Verhinderung von Marktkrisen zu legen. Mit der Neufassung der GMO muss auf EU-Ebene unmissverständlich die Installation eines Instrumentariums ermöglicht werden, das Krisen wirkungsvoll entgegenwirkt. Weiterer Handlungsbedarf besteht in der Verbesserung der Marktstellung der Primärstufe. Gerade im Bereich der Milchviehhaltung besteht hier erheblicher Verbesserungsbedarf. Eine Preisfindung nach dem Upside-down-Prinzip, bei dem die Milchviehhalter zu Restgeldempfängern degradiert werden, ist nicht länger akzeptabel.

Agrargelder werden auch weiterhin benötigt. Sie dürfen nicht nur Ausgleich, sondern müssen Anreiz sein, konkrete Leistungen für Klima-, Umwelt- und Naturschutz erbringen zu können. Insbesondere auch müssen die Gelder in Regionen, die klimatisch und geologisch benachteiligt sind, gelenkt werden.

## **Tierwohldebatte sachlich und fair führen**

Die Frage, wie das Wohl der Kälber und Kühe weiterentwickelt werden kann, ist Dauerthema und „täglich Brot“ der Milchviehhalter. Zunehmend beschäftigt sich mit dieser Fragestellung auch die Gesellschaft.

In den Debatten und Vorstellungen von mehr Tierwohl kommt allerdings regelmäßig eine unabdingbare Voraussetzung für die betriebliche Umsetzung der Vorstellungen zu kurz oder wird gar nicht genannt: Alle Bestrebungen hin zu mehr Tierwohl auch in der

Milchviehhaltung müssen ökonomisch leistbar sein. Mit einer Agrarmarktpolitik, die regelmäßig Krisensituationen und riesige wirtschaftliche Verluste auf den Betrieben verursacht, sind steigende Tierwohl-Anforderungen nicht zu leisten. Auch Gründungen von Fonds oder die Umgestaltung der Agrarzahlungen können dies nicht heilen.

Einer der wesentlichsten Aspekte des Tierwohls ist die Betreuung der Tiere durch die Betriebsleiter und das Zeitvolumen, das darauf verwendet werden kann. Bisher haben die Milchviehhalter selbst in wirtschaftlich schlechten Zeiten eher mit noch höherem Lohnverzicht, verstärkter Arbeitsleistung – z.T. verbunden mit massiver Überlastung - reagiert statt Abstriche beim Tierwohl zu machen. Dem sind allerdings Grenzen gesetzt, wenn den Milchviehhaltern die Perspektive fehlt, dass dieser Zustand kein dauerhafter ist.

Mehr Tierwohl braucht eine bessere Agrarmarktpolitik, die eine wirtschaftlich nachhaltige Weiterentwicklung unserer Betriebe ermöglicht!

Die Auflage immer neuer Labels, Tierwohsiegel und firmenspezifischer Vorgaben von – nach Vorstellung des LEH - vermeintlich besonders tierwohlgerechten Haltungs- und Fütterungsbedingungen, vernachlässigt, dass diese zum Teil einen erheblichen Investitionsbedarf auf den Betrieben bedingen und angesichts voneinander abweichender und immer wieder weiterentwickelter Vorgaben eine verlässliche, zukunftsfeste Weiterentwicklung der Betriebe praktisch unmöglich machen. Dies kann zu einer noch schnelleren Strukturveränderung mit all seinen negativen Folgen für die Vitalität der ländlichen Räume führen. Der BDM sieht überdies die Gefahr, dass man durch diese „Labelpolitik“ auf eine Art Zweiklassengesellschaft in der Tierhaltung zusteuert: Die Guten und die Schlechten!

Eine nationale Nutztierstrategie könnte ein Wirrwarr unterschiedlicher Anforderungen verhindern, setzt aber voraus, dass eine Einheitlichkeit auch europäisch angestrebt wird.

## **Freihandelsabkommen kritisch abwägen**

Der BDM begrüßt jede Übereinkunft auf globaler wie bilateraler Ebene, die einen fairen Handel auf Augenhöhe ermöglicht. Die weltweit gemachten Erfahrungen mit Handelsabkommen und deren Auswirkungen auf die Menschen jedoch zeigen, dass es bisher kaum gelungen ist, die Abkommen so zu gestalten, dass gleichermaßen alle Marktbeteiligten davon entsprechend partizipieren können und eine Wohlstandssteigerung für alle zu erzielen ist. Profiteure des globalen Handels sind in erster Linie die Global Player unter den Unternehmen. Die Schere zwischen Arm und Reich spreizt sich zunehmend.

Trotz aller Beteuerungen, dass die politischen Entscheidungsträger beim Abschluss von Freihandelsabkommen einer Aufweichung der europäischen Standards für die Nahrungsmittelerzeugung nicht zustimmen würden, sehen die deutschen Milchviehhalter weiterhin keine Grundlage für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtsituation der deutschen Landwirtschaft. Im Gegenteil - die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass durch

entsprechende Freihandelsabkommen wie auch mögliche weitere WTO-Abkommen die internationalen Warenströme mit Nahrungsmitteln zunehmen, die nicht den sozialen und ökologischen Standards entsprechen, die die Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten.

Der BDM hält einen internationalen Austausch von Dienstleistungen und Waren für sinnvoll und notwendig. Dabei müssen jedoch Ernährungssouveränität, Fairness, eine nachhaltige Wertschöpfung für die ländlichen Räume und das Prinzip Kreislaufwirtschaft oberste Priorität haben.

Freihandelsabkommen, die diesen Prinzipien nicht Rechnung tragen, lehnt der BDM bei Abwägung aller positiven und negativen Effekte, die Freihandelsabkommen haben können, ab.

Der BDM appelliert daher an die EntscheidungsträgerInnen von Bund und Ländern, sich auch unter diesen Aspekten mit Freihandelsabkommen sehr kritisch auseinanderzusetzen.

### **APPELL:**

Wir bitten die Ministerinnen und Minister, die Senatoren der Länder und den Bundesminister, den eingeschlagenen Weg zur Lösung des Marktproblems, der an der eigentlichen Ursache der Krise, d.h. dem Überangebot des EU-Milchaufkommens, ansetzt, konsequent weiter zu verfolgen – ohne sich von den Bedenken der Verbände der Molkerei- und Ernährungswirtschaft und der Bundesebene des Bauernverbands beirren zu lassen. Wenn zu viel Milch auf den Markt drängt und nicht absehbar ist, dass die Nachfrage kurzfristig proportional zu steigern ist, muss eine Reduzierung des Überangebots auf EU-Ebene mit wirtschaftlich interessanten Anreizsystemen angegangen und gegebenenfalls verbindlich vorgegeben werden. Alleine auf die Verantwortung der Branche zu setzen und zuzuschauen, wie es erkennbar keinen Diskussionsfortschritt und Handlungswillen gibt, entspricht nicht unserer gemeinsamen Verantwortung. Wer auf EU-Ebene auf Branchenlösungen setzen will, blendet die Vielfalt der Branchenteilnehmer und der Mitgliedsländer mit jeweils völlig unterschiedlichen Interessen aus und trägt die Verantwortung für regelmäßig wiederkehrende Marktkrisen.

Die Erfahrungen der letzten Krise müssen bei zukünftigen Entscheidungen ebenso Berücksichtigung finden wie die Vorstellungen der Milchviehhalter, die ihre Betriebe wirtschaftlich nachhaltig weiterführen wollen. Sinnvoll wäre in diesem Zusammenhang aus Sicht des BDM eine bundesweite Informationskampagne mit anschließender Meinungsabfrage, die durch die Verbände, Politik und Landwirtschaftsbehörden organisiert werden könnte und die alle Positionen mit einschließen sollte. Der BDM würde sich in die Durchführung mit voller Kraft einbringen.